



Grünschnabel

Zeitung der Unabhängigen Wählergemeinschaft Grüne Liste Büttelborn

GLB in ihren Vorstellungen zum Haushalt 2010 bestätigt

Sieben von acht Anträgen der GLB wurden von den Gemeindevertretern bei der Haushaltssitzung angenommen. Sie sind somit Bestand des Etats der Gemeinde Büttelborn. Die GLB konnte damit dem Gesamthaushalt 2010 zustimmen.

In diesen finanziell zur Zeit nicht einfachen Zeiten für Kommunen hat die kleinste Fraktion des Parlaments besonderen Augenmerk auf Sparsamkeit und Einsparpotentiale Büttelborns gelegt. Es hilft ja nicht, über die schlechte finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden zu klagen, aber vorhandene Sparmöglichkeiten nicht zu nutzen und weiter zu machen wie bisher. Auch über mögliche neue Einnahmequellen muss man sich ständig Gedanken machen. Dies müssen nicht immer höhere Steuern und Gebühren sein. Sowohl auf das Sparen, wie auch auf das Hinzuverdienen hatte die GLB einen Großteil ihrer Anträge ausgerichtet.

Verwaltung zusammenführen

Bestes Beispiel ist der Antrag, die auswärts untergebrachten Abteilungen der Verwaltung in gemeindeeigenen Räumen unterzubringen. Momentan ist der Fachbereich 3 in angemieteten Räumen direkt neben dem Rathaus untergebracht, auf der anderen Seite des Rathauses steht degegen ein gemeindeeigenes Anwesen leer. Rund 13.000€ Miete jährlich werden hier zukünftig eingespart.

Neugestaltung des Schulhofes in Worfelden

Schließlich wurde auch der Antrag zur Neugestaltung des Schulhofes in Worfelden angenommen und die gewünschten 10.000€ für Planungskosten in den Haushalt eingestellt. Im Rahmen einer Bürgerversammlung wurde bereits 2009 ein Planentwurf vorgestellt. (Siehe Artikel auf der nächsten Seite.)

Bolzplatz einzäunen (abgelehnt)

Die Erhöhung der Mittel für den Bau eines Zauns um den zu errichtenden Bolz-

platz im Ortsteil Worfelden wurde abgelehnt. Seitens GLB fürchtet man Vandalismus und Zweckentfremdung des Geländes als „Übungsplatz“ für Zweiräder jedweder Art. Man will mit den Befürchtung nicht recht behalten. Von daher wird man abwarten und beobachten, was dort zukünftig geschieht.

Haus verkaufen

Der Antrag, das Anwesen Rheinstraße 77 in Worfelden zu veräußern, entlastet die Kasse um mehr als 8.000€ jährlich. Seit einigen Jahren unbewohnt, wurde es zur Unterbringung von Asylbewerbern mit einem Landeszuschuss erworben. Durch den Verkauf, der öffentlich ausgeschrieben wird, erhofft man sich unterm Strich nach Rückzahlung von Darlehen und Landeszuschuss einen weiteren Betrag von rund 50.000€ für den Gemeindegeldbeutel.

Plakattafeln vermieten

Die vor einiger Zeit aufgestellten Plakattafeln für Wahlkämpfe müssen außerhalb dieser Zeit nicht ungenutzt bleiben. Man kann sie zu Werbezwecken an gewerbliche Unternehmen vermieten. Auch dieser Antrag der GLB passierte mit Mehrheit das Gemeindepapament. Auch wenn diese Maßnahme keine Reichtümer einbringen wird, so entlastet sie aber indirekt ein weiteres Mal die Kommune, da das Auf- und Abbauen der insgesamt 15 schweren Tafeln einen hohen personellen Einsatz nach sich zieht.

Energieeinsparung

Ökologisch und ökonomisch wichtig sind die Energiesparmaßnahmen an gemeindeeigenen Gebäuden, für die 50.000€ in den Haushalt eingestellt sind. Angesichts weiter wachsender

Kohlendioxid-Belastung sind die Einsparung durch Wärmedämmung, Isolierfenster usw. für die Vorbildfunktion der Kommunen unerlässlich. Und die Energiekosten werden sich im Laufe der Jahre amortisieren.

Erneuerbare Energien nutzen

Für Anlagen zur Verwendung von regenerativen Energien (z.B. Solaranlagen) bei gemeindeeigenen Gebäuden werden ebenfalls auf Antrag der GLB 50.000€ in den Etat aufgenommen. Grundsätzlich hält die GLB diese Beträge aber für zu niedrig. Man trägt aber der zur Zeit schwierigen Situation Rechnung und möchte diese Finanzmittel erst in den folgenden Jahren erhöhen.

Wenig Produktives von CDU und SPD

Leider kam von den Fraktionen von CDU und SPD wenig Produktives in Form von Anträgen. Die SPD-Fraktion beschränkte sich darauf, den Gemeindevorstand aufzufordern, vor der Steuerschätzung kein Geld auszugeben und eine Haushaltssperre zu erlassen. Das sind typische Aufgaben des Gemeindevorstandes, die keiner Aufforderung durch die Gemeindevertretung bedürfen. Die CDU Fraktion lehnt die 250.000€ zur Sanierung und Wärmedämmung des Daches des Bauhofes ab. Das konnte die GLB nicht unterstützen, wenn sie auch mit den christdemokratischen Kollegen der Meinung ist, dass ein Nutzungskonzept für den Bauhof überfällig ist. Die Erstellung eines solchen Konzeptes wurde vom Bürgermeister in der Sitzung zugesagt.

Weiter für Nachtflugverbot

Keine Zustimmung fand natürlich der CDU-Antrag, auf anwaltliche Unterstüt-

Neugestaltung des alten Schulhofes in Worfelden – Ideen gesucht

Der GLB-Antrag zur Neugestaltung des Schulhofs in Worfelden wurde angenommen und die gewünschten 10.000€ für Planungskosten in den Haushalt eingestellt.

Der Schulhof der alten Schule in Worfelden bietet schon seit Jahren ein



trostloses Bild. Eine große asphaltierte Fläche, ein Bauzaun, eine Schaukel, eine Rutsche und ein Sandkasten... Keine Möglichkeit sich auf einer Bank auszuweichen, keine schattenspendenden Bäume. Kahle Mauern grenzen das ganze Elend ein; als Parkplatz missbraucht! Der Schulhof wird lediglich von Fußgängern oder Fahrradfahrern als Durchgang genutzt, um Schule, Kindergarten oder Einkaufsmöglichkeit zu erreichen. Aufgrund eines Antrages der Grünen Liste Büttelborn (GLB) wurde für dieses

Jahr ein Betrag von 10.000 Euro für die Planung in den Haushalt der Gemeinde Büttelborn eingestellt. Anfang 2011 soll es losgehen mit der Neugestaltung. Wir, die Grüne Liste Büttelborn, wünschen uns, dass der alte Schulhof wieder ein Ort in Worfelden wird, an dem die Menschen sich treffen, kommunizieren und eventuell auch feiern können. Der Platz soll ein Ort der Begegnung in Worfelden werden!

Vor eineinhalb Jahren wurde der Bevölkerung in einer Bürgerversammlung ein erstes Konzept zur Umgestaltung des Schulhofes vorgestellt. Dieses ist je-



doch nicht mehr aktuell, da die vorhandenen Pavillons zwischenzeitlich bereits entfernt wurden.



Damit die Interessen der Worfelder Bürgerinnen und Bürger von der Gemeinde berücksichtigt werden können, halten wir es für sinnvoll, dass diese Mitbürger eigene Ideen und Vorschläge einbringen. Wir bitten deshalb alle, denen die Neugestaltung des alten Schulhofes am Herzen liegt, mit Vertretern der GLB über ihre Vorstellungen zu sprechen, damit diese an entsprechender Stelle umgesetzt werden!

(Kontakt: Tel. 81438 oder Mail: fraktion@glb-im-web.de)

GLB - Antrag auf Parlamentsverkleinerung scheiterte.

37 Mitglieder umfasst die Gemeindevertretung unserer Kommune gemäß HGO (Hessische Gemeindeordnung) derzeit, bei rund 13.000 Einwohnern. Zum Vergleich: Die Kreisstadt Groß-Gerau mit 25.000 Einwohnern hat nur 33 Stadtverordnete.

Bei Annahme unseres Antrags hätte die Zahl der Gemeindevertreter auf 31 ab der nächsten Wahlzeit (2011) redu-

Fortsetzung von Seite 1

ziert werden können. ziert werden können. **Unsere Argumente:** Der Gemeindehaushalt wird finanziell entlastet (Sitzungsgelder, Aufwendungen für Kopien, sowie die Verteilung der Unterlagen). Aufwand für kleinere Parteien und Wählergruppierungen für die Aufstellung einer Liste zur Kommunalwahl reduziert sich, da nur noch 11 (bisher 13) Kandidaten ausreichen um das volle Stimmenpotenzial auszunutzen zu können. Durch die Verkleinerung wird nicht auch gleichzeitig die Teilnahme an der Demokratie abgebaut. Derzeit gibt es 4 Ausschüsse mit je 7 Mitgliedern in denen die Themen für die Gemeindevertretung aufbereitet werden. Bedeutet, dass 9 Mitglieder unseres Parlaments nicht in einem Ausschuss tätig sind. Dann wären es nur noch drei. Überdies kann jeder Gemeindevertreter als Stellvertreter herangezogen werden und hat das Recht jeder Sitzung beizuwohnen. **Gegenargumente waren:** Man wolle möglichst viele Gemeindeglieder am politischen Leben teilhaben lassen und deshalb auch Vielen

Kreative Planung für die Zukunft

Zukünftig werden die Kommunen nicht umhin kommen, ihre Ausgaben und Einnahmen auch zu einem gewissen Maß kreativ zu gestalten. Die Anträge der GLB haben gezeigt, welche Möglichkeiten vorhanden sind, ohne in das altbekannte Schema „Steuern und Gebühren erhöhen“, sowie Leistungen zu streichen und Personal abzubauen, zu verfallen.

ziert werden können.

Unsere Argumente:

Der Gemeindehaushalt wird finanziell entlastet (Sitzungsgelder, Aufwendungen für Kopien, sowie die Verteilung der Unterlagen).

Aufwand für kleinere Parteien und Wählergruppierungen für die Aufstellung einer Liste zur Kommunalwahl reduziert sich, da nur noch 11 (bisher 13) Kandidaten ausreichen um das volle Stimmenpotenzial auszunutzen zu können.

Durch die Verkleinerung wird nicht auch gleichzeitig die Teilnahme an der Demokratie abgebaut. Derzeit gibt es 4 Ausschüsse mit je 7 Mitgliedern in denen die Themen für die Gemeindevertretung aufbereitet werden. Bedeutet, dass 9 Mitglieder unseres Parlaments nicht in einem Ausschuss tätig sind. Dann wären es nur noch drei. Überdies kann jeder Gemeindevertreter als Stellvertreter herangezogen werden und hat das Recht jeder Sitzung beizuwohnen.

Gegenargumente waren:

Man wolle möglichst viele Gemeindeglieder am politischen Leben teilhaben lassen und deshalb auch Vielen

die Möglichkeit bieten, sich in den politischen Gremien zu betätigen. Es stellt sich für uns die Frage, ob Parteimitglieder außerhalb des Parlaments den betreffenden Fraktionen nicht ihre Meinung zu Gehör bringen können. Oder anders ausgedrückt: Macht man Engagement von einem Amt abhängig?

Das Einsparpotential sei nur gering wurde weiter argumentiert. Es lohne sich nicht, da man pro Bürger und Jahr nur wenige Cent sparen würde. Ca. 2.500 insgesamt im Jahr wurden von einem SPD-Kollegen errechnet. Aber - Diesen Betrag hätte man zukünftig jedes Jahr eingespart. Wer den Pfennig (Cent) nicht ehrt...

Unser Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit von CDU und SPD abgelehnt. Schade - denn die gesamte Gemeindevertretung hätte angesichts der schwachen Finanzlage unserer Kommune ein Zeichen zum Sparwillen setzen können.

Noch eine Anmerkung: Für die von unserem Bürgermeister so gewünschte Bürgerstiftung (bei 50.000€ Stiftungskapital und 5% Zinsen) wären 2.500€ der Ertrag pro Jahr, mit dem man unserer Gemeinde Gutes tun könnte.

Neue Perspektiven für Büttelborn

In knapp einem Jahr, genauer am 27. März 2011, steht die nächste Kommunalwahl in Büttelborn an. Die Chancen auf eine Erneuerung der politischen Verhältnisse in der Gemeinde waren seit Jahrzehnten nicht mehr so groß wie dieses Mal – die unerschütterlich erscheinende Mehrheit der SPD wackelt (vgl. Grünschnabel Nr. 47). Die GLB hat im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern deshalb eine Initiative gestartet, neue Perspektiven für Büttelborn zu entwickeln. Wir berichten hier – auszugsweise – über die ersten Ergebnisse dieser spannenden, teils auch kontrovers geführten Diskussionen.

Kinder- und Familienpolitik

In den letzten 30 Jahren haben sich die Familienstrukturen massiv verändert, mehrere Generationen unter einem Dach sind zur absoluten Ausnahme geworden, mehr und mehr Alleinerziehende müssen die Kindererziehung bewältigen. Der Arbeitsmarkt verlangt flexible Arbeitnehmer(innen), mancher Familienalltag kommt ohne ausgeklügeltes Zeit- und Betreuungsmanagement nicht mehr aus. Gingen die meisten Kinder früher zwischen 8 und 12 Uhr in den Kindergarten, so ist dies heute eher der Ausnahmefall. Erweiterte Öffnungszeiten mit teils recht komplizierten Buchungsmodellen sollen dem Rechnung tragen – der pädagogischen Arbeit ist das aber eher abträglich. Ein vereinfachtes Schema mit einer verlängerten Grundzeit von mindestens 5 Stunden, wenige Zusatzmodule bis hin zum Vollzeitangebot und ein breites Mittagessenangebot in angemessenen Räumen sind zukünftig notwendig. Um die vom Bund ab 2013 geforderte Kleinkindbetreuung von Kindern unter 3 Jahren leisten zu können, wird es darüber hinaus erforderlich sein, einen dritten Kindergarten in Büttelborn auf dem dafür vorgesehenen Gelände im Baugebiet Grüner Weg zu bauen. Die GLB wird noch in diesem Jahr den Antrag dafür stellen, um die Planungen dafür anzustoßen. Weiterhin sollte durch einen schnellen Planungsbeginn verhindert werden, dass der Kindergarten aufgrund einer veränderten Lärmzone (Fluglärm) nicht mehr genehmigt werden könnte. Zuschüsse von Land und Bund werden auch nur noch bis 2013 gewährt. Aufgrund der hessischen Landespolitik sind kostenfreie Kindergartenplätze – wie etwa in Rheinland-Pfalz – nicht zu realisieren, für die GLB ist aber ein Elternanteil an den Gebühren nur im Bereich von 20 – 25 % verkraftbar, sanfte Gebührenerhebungen in vernünftigen Zeitabständen sind anzustreben, starke Gebührenerhebungen lehnen wir ab. Darüber hinaus sollte für ganz Büttelborn ein umfassendes Konzept für Kindergärten und Kinderbetreuung unter Einschluss der Grundschulen entstehen. Die GLB wird sich an der Diskussion um eine solche Konzeption intensiv beteiligen und auf eine schnelle Realisierung der Maßnahmen dringen, um Familien und Alleinerziehende optimal zu unterstützen.

Natur- und Umweltschutz

Diesem kommunalen Aufgabengebiet muss in Büttelborn mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Bereich des Naturschutzes ist insbesondere die Pflege der Gehölze, Bachränder u.a. naturnahen Flächen in der Bewirtschaftung durch die Gemeinde (Bauhof) und den Bachverband stark verbesserungsbedürftig, falsche oder übertriebene Pflegemaßnahmen häufen sich in letzter Zeit. Dem sollte dringend mit besserer Schulung der ausführenden Mitarbeiter begegnet werden. Längerfristig sollte bei Neuanstellungen in der Gemeinde auf die richtige Ausbildung und Berufserfahrung (Garten- und Landschaftsbau



mit ökologischer Ausrichtung) geachtet werden. Aber schon bei der Neuanlage von Grünflächen, Gehölzen u.a. naturnahen Flächen muss in der Planung auf Nachhaltigkeit geachtet werden, d.h. die Flächen sollen schon so angelegt, dass später wenige Pflegemaßnahmen notwendig sind. Als Beispiel seien wassergebundene Wege genannt, die in der Anlage billig, aber bei richtiger Pflege intensiv zu bearbeiten sind – da dies meist nicht geschieht, entstehen hohe Folgekosten bis hin zur kompletten Neuanlage schon nach wenigen Jahren.

Die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und den Naturschutzverbänden muss neu organisiert werden, insbesondere sollte schon sehr früh bei neuen Vorhaben die Fachkompetenz dieser Verbände genutzt werden. Derzeit werden die Naturschutzverbände meist – und zu spät – dann eingebunden, wenn die Gemeinde „Arbeit“ abwälzen will.

Weiterhin spricht sich die GLB klar für die Einbindung der Gemeinde in den Regionalpark Rhein-Main ab 2011 aus, um die Landschaftspflege und –gestaltung nicht nur in Einzelmaßnahmen wie etwa dem „Walnuss-Quartier“ in Worfelden zu erschöpfen. Büttelborn muss hier stetiger und aktiver mitarbeiten, um auch die Brücke zum Geopark Bergstraße-Odenwald zu schlagen und attraktive Naherholungsangebote zu bieten.

Lokale Kulturpolitik

Wichtigster Brennpunkt der lokalen Kulturszene in Büttelborn ist das Café Extra. Das Programm ist durchaus vergleichbar mit Häusern wie dem Mainzer Unterhaus oder dem halb-Neun-Theater in Darmstadt. Das Einzugsgebiet ist nicht nur lokal, sondern reicht von Frankfurt bis nach Rheinhessen. Dieses Aushängeschild Büttelborns gilt es langfristig abzusichern und zu ergänzen, insbesondere muss das Veranstaltungsangebot zwischen Kinderprogramm und Kleinkunst um ein Jugendprogramm erweitert werden – diese Altersgruppe wird bislang vernachlässigt.

Bei größeren Veranstaltungen unter der Bezeichnung „Café Extra unterwegs“ werden das Bürgerhaus Worfelden und das Volkshaus Büttelborn genutzt, die GLB spricht sich dafür aus, zukünftig auch das Volkshaus Klein-Gerau verstärkt in der Kreis der Veranstaltungsorte aufzunehmen, um alle Ortsteile einzubeziehen.

Es gibt genügend Ausstellungsflächen in der Gemeinde, wie etwa in der Gemeindeverwaltung, den historischen Rathäusern, den Volkshäusern Klein-Gerau und Büttelborn und dem Bürgerhaus Worfelden, um Ausstellungen Raum zu geben – die GLB würde ein größeres Angebot begrüßen, dies sollte das Kulturamt organisieren.

Die GLB wird ihre Programmdiskussion fortsetzen, Themen wie etwa die lokale Wirtschafts- und Sportpolitik, Jugendarbeit und effizientere Verwaltungsstrukturen sollen bis zur kommenden Kommunalwahl in 2011 (und darüber hinaus) behandelt werden. Möchten Sie sich beteiligen? Sie sind herzlich eingeladen, die aktuellen Termine finden sich unter www.glb-im-web.de. Wir werden weiter berichten.

Gemeinde zockt junge Familien ab

Die Gemeinde (Ordnungsamt) stellt eigens Mitarbeiter ab, um an den gemeindeeigenen Kindergärten Strafzettel an Eltern zu verteilen, die ihr Fahrzeug, wenn sie ihre Kinder zur Tagesstätte bringen, statt der geforderten 5 Meter nur 3 Meter von der Straßeneinmündung entfernt parken. Die Fahrzeuge sind dort höchstens 5-10 Minuten abgestellt, solange es eben dauert, sein Kind aussteigen zu lassen und in den Kindergarten zu bringen. Hier hätte auf jeden Fall zunächst eine Ermahnung ausgereicht. Bei diesem Übereifer braucht sich im Ordnungsamt niemand über den Vorwurf zu wundern, es würde mit zweierlei Maß gemessen. Das Verbot des Einsatzes von

Streusalz auf Gehwegen, das in der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde festgeschrieben ist, wird in der Winterzeit ständig mißachtet, ohne daß ein Fall bekannt ist, in dem das Ordnungsamt eingeschritten wäre. Die Plakate zum Frühlingsfest in Worfelden hingen an Verkehrsschildern und -inseln und versperrten die Sicht. Auch hier keine wirksame Reaktion des Ordnungsamtes. Die GLB ist der Meinung, daß das Recht unteilbar ist und daß deshalb überall die gleiche Elle oder besser das gleiche Augenmaß angelegt werden sollte. Das oben beschriebene Verhalten vor den Kindergärten kann nur noch als Abzocke bezeichnet werden.

Arbeitnehmer ausgeschlossen

Zunehmend werden berufstätige Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen von Veranstaltungen der Gemeinde ausgeschlossen. So finden die Übergabe von neuen Baugebieten, Gewerbegebieten und jüngst die Besichtigung der Geothermieanlage in Landau (Informationsveranstaltung) an Werktagen während der normalen Arbeitszeit statt. Befreiungen vom Arbeitgeber sind dafür

nicht zu erhalten und auch in der heutigen Zeit nicht anzuraten, will man nicht erhebliche Nachteile am Arbeitsplatz riskieren. Berufstätige Mandatsinhaber werden also, alleine durch die Terminwahl, weitestgehend von Veranstaltungen der politischen Gemeinde ausgeschlossen. Sollte das etwa gewollt sein, weil die Führungsspitze im Rathaus keinen Wert auf die Teilnahme des „Fußvolkes“ legt?

Bürgermeister Gölzenleuchter (SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands):

... Bei der fortschreitenden Besiedelung des 20 ha großen Neubaugebietes argumentiert der Rathauschef ganz anders: „Wir bekommen dadurch deutlich mehr Einwohner mit gehobenem sowie höheren Einkommen und können unsere Sozialstruktur weiter verbessern“. Dies wiederum sei in der Regel mit einer höheren Bildungsorientierung

verbunden, die sich positiv auf den Alltag in den KiTas und Schulen auswirke. „Nachweislich erleichtern bildungsorientierte Elternhäuser die pädagogische Arbeit und tragen zu besseren Lernerfolgen aller bei“. Wie werden Mitbürger mit einfacheren Ausbildungen und kleineren Gehältern das wohl verstehen? *Aus der Homepage unserer Gemeinde: Artikel „Büttelborn wächst schneller“*

Ärgernis Carport ?

Seit einiger Zeit beschäftigen sich verschiedene Gremien der Gemeinde Büttelborn mit Carportanlagen, die nicht genehmigt wurden. Dazu gibt es seit 1995 eine sogenannte „Stellplatzsatzung“. In dieser ist geregelt, wie viele Stellplätze für Autos auf einem Privatgrundstück vorzusehen sind. Ebenso ist geregelt, wie und wo diese Stellplätze oder Garagen auf dem Grundstück zu platzieren sind. Im § 2 Abs. 3 heißt es „Carports und Garagen sind in Vorgärten nicht zulässig“.

Um es noch einmal zu verdeutlichen: Satzungen sind Gesetze, die die politischen Gremien einer Kommune (Gemeindevertretung) sich geben, um bestimmte

Ordnungen aufrecht zu erhalten.

Trotz des oben genannten Verbots von Carportanlagen in Vorgärten wurden in der Vergangenheit etliche Carports errichtet, die nicht der in der Satzung angegebenen Norm entsprechen (z.B. in Vorgärten). Die Besitzer wurden entsprechend informiert. Bis heute wurden viele der illegal errichteten Carports nicht zurückgebaut. Dies bedeutet im Amtsdeutsch: Sie wurden nicht abgerissen. Das informierte Kreisbauamt sieht sich nicht in der Lage, den Abriss dieser „illegalen“ Carports voranzutreiben. Es hat der Gemeinde mehr oder minder empfohlen, diese strittigen Anlagen zu legalisieren.

Plattgemacht

Der Bachverband, dem auch die Gemeinde Büttelborn angehört, hat die Feldholzinsel am Mühlbach in Höhe des Griesheimer Weges (Hundstraße) in einer Breite von etwa 10m, vom Wege an gerechnet, platt gemacht. In der Sommerzeit wurde die dortige Bank im Schatten der Hecken und Sträucher ger-



ne von zumeist älteren Spaziergängern und Radfahrern zu einer Rast genutzt. Das ist nach dieser sinnlosen Holzaktion nun leider nicht mehr möglich. Hier stellt sich natürlich die Frage, was hat der Bachverband überhaupt abseits des Bachufers abzuholzen. Unserer Meinung nach hat er da nichts zu suchen. Der geschützte Landschaftsbestandteil wird übrigens von der NABU Ortsgruppe Worfelden gepflegt, die natürlich von dieser Maßnahme vorher auch nicht informiert worden war. Das ganze paßt ins Bild sonstiger Büttelborner „Holzaktionen“.



Entgegen der Empfehlung der Gemeindevertretung, die Bäume am alten Sportplatz in Büttelborn bei der Bebauung nach Möglichkeit zu schonen, soll nun dort auch noch die letzte verbliebene Kastanie gefällt werden.

Die Meinung der GLB dazu ist, dass alle auf einem Privatgrundstück abgestellten Pkws besser dort stehen, als auf einer öffentlichen Fläche (sprich Straße). Man sollte sich beispielsweise einmal die Parksituation auf einer früheren Durchfahrtsstraße, die heute keine mehr ist, ansehen. Als Beispiel sei hier die untere Hauptstraße in Klein-Gerau genannt. Seit diese Straße keine Durchfahrtsstraße mehr ist, werden immer mehr Pkws dort abgestellt, obwohl Abstellmöglichkeiten auf den Privatgrundstücken gegeben sind. Schon aus diesem Grund erscheint es uns wichtig, die Stellplatzsatzung der Gemeinde Büttelborn im Hinblick auf Abstellplätze für Autos und Carports zu überarbeiten, damit Mitbürger, die ihre Autos auf ihrem Grundstück abstellen, nicht noch dafür Einschränkungen in Kauf nehmen müssen.

Kontakte	Worfelden	Frieder Engel	Neustraße 64	Tel: (0 61 52) 7259
	Klein-Gerau	Andreas Peters	Mühlgarten 25	Tel: (0 61 52) 8 38 00
	Büttelborn	Stefan Paul	Lindenstraße 19	Tel: (0 61 52) 94 95 20